

Keine Meinungsfreiheit für Katholiken

[Veröffentlicht von „neue Züricher Zeitung am 01.11.2017](#)

Von Giuseppe Gracia

Seit der englische Politiker *Jacob Rees-Mogg* (L) in der TV-Sendung «Good Morning, Britain» auftrat, lässt man ihn aussehen wie einen homophoben Finsterling.



(Bild: Mary Turner / Reuters)

Auch wenn Westeuropa Werte wie Freiheit, Pluralismus und Toleranz hochhält, schwindet in der Realität die Akzeptanz der Meinungsäußerungsfreiheit unbequemer Stimmen – besonders von Christen, die sich weigern, ihren Glauben anzupassen. Beispielhaft ist der Umgang mit lehramtstreuen Katholiken.

Es ist nicht so, dass Katholiken, die offen zum Lehramt der Kirche stehen, nicht mehr sagen können, was sie denken. Aber sie zahlen dafür einen Preis:

- * Sie sinken im öffentlichen Ansehen bis hin zur Ausgrenzung. Diese Gefahr führt zur inneren Zensurschere, besonders bei heißen Eisen wie Familienpolitik, Sexualmoral oder Abtreibung.
 - ❖ Das kommt jenen Gruppen entgegen, die Toleranz und Vielfalt predigen, jedoch lehramtstreue Katholiken nicht als Teil dieser Vielfalt zulassen, sondern sie mit Begriffen wie «*hate speech*» oder «*Fundamentalismus*» exkommunizieren.

In vielen europäischen Medien erscheint die Lehre der katholischen Kirche als etwas Krankhaftes oder Menschenfeindliches. Auch lässt man etwa den «Marsch fürs Leben», der in den USA Millionen bewegt, aussehen wie eine *Ansammlung verblendeter Anti-Feministen* und «*Abtreibungshasser*».

- ❖ In Schweden hat eine sozialdemokratische Politikerin Abtreibungsgegner sogar mit Jihadisten gleichgesetzt.
- ❖ Und in Deutschland verglich der *ZDF-Moderator Klaus Kleber* kürzlich den Katechismus der katholischen Kirche mit der Scharia.

Das fördert ein Klima, in dem Gläubige, die einen Job zu verlieren haben, sich hüten, Artikel oder Videoclips mit christlichen Ansichten zu «likern».

- * Katholiken, die offen zu dem stehen, was ihre Kirche lehrt, riskieren die Karriere. In Deutschland, England oder Frankreich könnte niemand Arzt oder Hebamme werden, wenn er oder sie schon während des Studiums dazu stünde, Beihilfe zur Selbsttötung oder Abtreibung abzulehnen.

Auch in der Schweiz ist die Lage diesbezüglich prekär. Wie viele ausgebildete Medizinerinnen, deren Haltung dem entspricht, was die Kirche lehrt, würde man in einem Krankenhaus zur Chefarztin machen? Ähnliches in anderen Branchen. Welcher Journalist bekäme den Chefposten eines Leitmediums oder den Moderatoren-Job einer populären Talk-Sendung, wenn er öffentlich zum Lehramt der Kirche stünde, von der Unfehlbarkeit des Papstes bis zur Einschätzung homosexueller Akte? Welche

Professorin, welcher Forscher einer staatlich finanzierten Einrichtung könnte sich erlauben, die Gender-Studies als Ideologie abzulehnen? Welcher ambitionierte Politiker kann für den christlichen Ehebegriff eintreten, inklusive des Neins zu vorehelelichem Sex oder künstlicher Empfängnisverhütung?

Selbst in der freiheitsliebenden Schweiz wären Politiker, die sich gegen Abtreibung oder Homo-Ehe äußern, für jedes höhere Amt erledigt.



Etwas haben, worauf das Herz ganz vertraut

Der Fall des Italieners *Rocco Buttiglione* zeigte schon im Jahr 2004, wie es einem Katholiken ergeht, der sich nicht progressiv gibt. Trotz bester Qualifikation für das Amt des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und des Kommissars für Justiz hat es ihn die politische Laufbahn gekostet, zumindest auf EU-Ebene.

Ein aktuelles Beispiel von 2017 wäre der englische Politiker *Jacob Rees-Mogg*, der in der TV-Sendung «*Good Morning, Britain*» darauf bestand, sich bezüglich Ehe und Abtreibung an der Lehre der Kirche zu orientieren. Da Rees-Mogg das Amt des Premierministers anstrebt, wollte man wissen, wie er sich verhalten würde, sollte England an Abtreibung oder Homo-Ehe festhalten. Rees-Mogg machte deutlich, dass er als Gläubiger zur Lehre der Kirche stehe, als Politiker jedoch zum Rechtsstaat, auch dann, wenn dieser seinem Glauben widersprechen würde. Eine Differenzierung, die ihm wenig geholfen hat. Seit dem Auftritt lässt man ihn aussehen wie einen homophoben Finsterling.

Im Vergleich dazu können Politiker in den USA offen von Gott und ihrem Glauben sprechen. Ob jemand Pro Choice oder Pro Life ist, für oder gegen Homo-Ehe: Er hat immer die Chance auf ein höheres Amt. Das ist in Westeuropa inzwischen undenkbar. Selbst in der freiheitsliebenden Schweiz wären Politiker, die sich gegen Abtreibung oder Homo-Ehe äußern, für jedes höhere Amt erledigt. Denn in Europa wird heute mehr als nur Loyalität zu Staat und Gesetz verlangt. Man verlangt die gesinnungsmäßige Anpassung an einen Korridor erlaubter Ansichten.

Das verträgt sich weder mit Pluralismus noch mit Religionsfreiheit. Es drängt nicht nur lehramtstreue Katholiken, sondern auch andere Gruppen an den Rand. Ein solches Gesinnungsdiktat fördert Sondergesellschaften. Es entstehen soziale «Filterblasen» mit eigenen Schulen, Arbeitsplätzen und Medienkanälen. Wenn aber eine Gesellschaft durch Gesinnungsdruck schon bekennende Christen ins Abseits drängt, wie will sie dann glaubwürdig der Bildung neuer muslimischer Parallelwelten oder Ghettos entgegentreten?

Eine Gesellschaft, in der religiöse Gruppen nur noch im Abseits gemäß ihren Überzeugungen leben können, ist keine offene, liberale Gesellschaft mehr, sondern vielmehr Ausdruck ihres Scheiterns.

* **Giuseppe Gracia** ist Schriftsteller und Medienbeauftragter des Bistums Chur.